

Montgomery: „Im Koalitionsvertrag steht viel Vernünftiges drin“

Beim „Forum Gesundheit 2014“ der Kreisstelle Mülheim bilanzierten der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Rudolf Henke, und Bundesärztekammer-Präsident Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery die ersten 100 gesundheitspolitischen Tage der Großen Koalition.

von Horst Schumacher

Das „Forum Gesundheit“ gehörte in diesem Jahr zur Veranstaltungsreihe der Ärztekammer Nordrhein im Vorfeld des 117. Deutschen Ärztetages, der am 27. Mai in Düsseldorf beginnt. 63 Tage vor dem Ärztetags-Start begrüßte der Vorsitzende der Kammer-Kreisstelle Mülheim, Uwe Brock, rund 150 Kolleginnen und Kollegen zum „Basiscamp der deutschen Kammerlandschaft“, wie er es nannte.

Nach 100 Tagen Gesundheitspolitik der Großen Koalition sei noch „erstaunlich wenig passiert“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery. Der neue Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sei bisher kein Gesundheitspolitiker gewesen und neige nicht zu „Schnellschüssen“.

In Montgomerys Handexemplar des Koalitionsvertrages finden sich „viele Pluszeichen an einzelnen Aussagen“, in dem nach Auffassung des BÄK-Präsidenten „viele vernünftige Regelungen drinstehen.“ So findet er es „ganz toll“, dass der Vertrag ein Plädoyer für die Freiberuflichkeit enthält. Ganz im Sinne der Ärzteschaft sei auch die klare Absage an die Bürgerversicherung und das Bekenntnis zum dualen Krankenversicherungssystem.

Populistische Termingarantie

Einige Gesetze seien bereits auf den Weg gebracht worden, so soll ab 1. April der Abschluss von Hausarztverträgen erleichtert werden. Auch die künftige Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversi-



Beim „Basiscamp“ zum 117. Deutschen Ärztetag in Mülheim (v.l.n.r.): Der Geschäftsführende Arzt der Ärztekammer Nordrhein, Ulrich Langelberg, der die Veranstaltung im Evangelischen Krankenhaus moderierte, Uwe Brock, Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim, Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages und Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein.

Foto: Andreas Köbring

cherung und die Gründung eines unabhängigen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz durch den Gemeinsamen Bundesausschuss hat das Bundeskabinett inzwischen beschlossen.

Hier schlug Montgomery kritische Töne an und sprach davon, dass künftig „eine Behörde mit 16 Millionen Euro Etat die Qualität verwaltet“. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Sektionierung der Kasernenärztlichen Vereinigungen, zu der eine Besetzung der Vertreterversammlungen zu 50 Prozent mit Hausärzten und 50 Prozent mit Fachärzten gehören soll, hält der BÄK-Präsident für „schlicht nicht demokratisch“.

Das „populistische Thema“ der Termingarantie für Facharztbesuche von GKV-Versicherten sieht Montgomery gelassen. Hier werde häufig übersehen, dass 85 Prozent der Patienten mit Überweisung einen Termin innerhalb einer Woche erhalten. „Es gibt kein Problem, weil es funktioniert“, sagte Montgomery. Er glaubt, dass die geplanten Terminservicestellen nicht

viel zu tun haben werden, wenn sie denn per Gesetz eingeführt werden sollten. Längere Zeit wird nach Einschätzung des BÄK-Präsidenten das Vorhaben einer Krankenhausreform benötigen, weil hier die Länder mit ins Boot geholt werden müssen.

Mega-Thema Krankenhausreform

Bei der Honorierung der Ärztinnen und Ärzte sowie der Vergütung von Krankenhausleistungen werde Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Bundesländern nach wie vor willkürlich benachteiligt, sagte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Rudolf Henke. Immerhin näherte sich der Landesbasisfallwert allmählich dem Bundesdurchschnitt an.

Hinsichtlich der ärztlichen Vergütungen soll laut Koalitionsvertrag geprüft werden, ob sich die Unterschiede in der ärztlichen Vergütung durch Besonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur begründen lassen und wie unbegründete Unterschiede aufgehoben werden können. Henke verlangte eine zügige Prüfung. Am Ende werde wohl eine staatliche Regelung erforderlich sein.

Die Krankenhausreform ist nach Henkes Worten ein „Mega-Thema dieser Legislaturperiode“. Sie soll in einer Bund-Länder-Kommission besprochen werden, wie der Präsident berichtete. Es ist nach seiner Auffassung nicht weiter hinzunehmen, dass Kliniken die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Bundesländer zu Lasten der Patientenversorgung und des Personals kompensieren müssen.

Der rheinische Kammerpräsident hält eine „nationale Kraftanstrengung“ für Krankenhausinvestitionen unter Beteiligung der Länder, des Bundes und der Krankenkassen für notwendig – analog dem „Aufbau Ost“ und befristet für 7 bis 10 Jahre, nicht als Dauerlösung. Denn die Kompetenz für die Krankenhausplanung müsse bei den Ländern bleiben und dürfe nicht etwa auf die Krankenkassen übergehen, die nach Henkes Befürchtung Einkaufsmodelle mit schädlicher Wirkung für die Versorgungsqualität anstreben.